

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bundestagswahl 2021 wird zu einem außergewöhnlichen Ergebnis führen, wie Umfragen und Kommentatoren vorhersagen. Traditionelle Wählerbindungen an die Parteien haben sich weitgehend gelöst. Schwankende Alltagsstimmungen können die Präferenzen im Wahlverhalten schnell verändern. Themen und Inhalte der Wahlprogramme von Parteien sind dabei weniger bedeutsam, gleichwohl sie für die politische Ausrichtung einer neuen Bundesregierung eine zentrale Grundlage sind.

Der Deutsche Präventionstag (DPT) hat im Juli Wahlprüfsteine (<https://www.praeventionstag.de/nano.cms/bundestagswahl-2021>) in Form von Fragen an die am 26. September 2021 für den Deutschen Bundestag kandidierenden Parteien verschickt. Die zentralen Eingangsfragen betreffen die kriminalpräventiven Ziele und Schwerpunkte der Parteien sowie ihre Strategien zur Weiterentwicklung der kommunalen Kriminalprävention. Die Antworten werden bis zum Wahltag in den täglichen Präventionsnews veröffentlicht.

An dieser Stelle richtet sich der Blick in die Wahlprogramme der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien.

CDU/CSU („Mehr Sicherheit überall jederzeit“)

CDU und CSU wollen die Sicherheitsbehörden durch mehr Personal, eine bessere Ausstattung und zunehmende Kompetenzen stärken. Die Videoüberwachung an öffentlichen Orten soll ausgebaut werden. Neben dem Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch möchte die Union ferner die Clankriminalität in den Fokus bringen.

Bewertung: Eine generelle Positionierung zu präventiven Ansätzen bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie bei der Gestaltung von sozialen Rahmenbedingungen ist nicht erkennbar.

SPD („Sicher leben“)

Bei der SPD heißt es: „Durch vorbeugende Maßnahmen wollen wir verhindern, dass Bürger*innen Opfer von Kriminalität werden. Gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Kinder-, Familien- und Integrationspolitik bilden

die notwendige Basis einer erfolgreichen Prävention.“

Gefängnisse sollten „immer auch Orte der Resozialisierung sein“ und dort Maßnahmen zum Schutz vor Radikalisierung und zur Deradikalisierung von Straftätern ergriffen werden. Die SPD will „mehr wissen über Kriminalitätsentwicklungen“ und deshalb regelmäßig einen Periodischen Sicherheitsbericht erarbeiten lassen.

Bewertung: Kriminalprävention wird als Teil von rationaler und vorausschauender Gesellschaftspolitik verstanden. Prävention ist ein wichtiger Ansatz.

Bündnis 90/Die Grünen („Wir stärken Sicherheit und Bürger*innenrechte“)

Die Grünen wollen „die Polizei stärken, in der Stadt und auf dem Land, analog und digital“. In einer das Programm ergänzenden Argumentationshilfe heißt es: „Wir wollen eine andere Schwerpunktsetzung in der Sicherheitspolitik: Prävention und Deradikalisierung sowie Waffenrechtsverschärfungen müssen bei der Kriminalitätsbekämpfung im Mittelpunkt stehen.“

Bewertung: Der „Paradigmenwechsel hin zu einer neuen progressiven und rationalen Sicherheits- und Kriminalpolitik“ ist nur zaghaft erkennbar und könnte deutlich präzisiert werden.

Die Linke („Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat“)

Die Linke setzt auf einen Politikwechsel „weg von der einseitigen Fokussierung auf repressive Maßnahmen und Symbolpolitik hin zum umfassenden Ansatz einer demokratischen Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Prävention stärkt, soziale Sicherheiten ausbaut, in das Öffentliche investiert und die Sicherheitsbehörden demokratisiert“. Die beste Politik für mehr Sicherheit sei eine gute Sozialpolitik und die Stärkung des Öffentlichen. „Lebendige Kommunen und Stadtviertel, in der alle Menschen Anlaufpunkte für ihre Alltagsprobleme finden, vermitteln zugleich ein Gefühl der Sicherheit. [...] Öffentliche Sicherheit meint nicht die Abwesenheit von Kriminalität, sondern die Zuversicht, mit denen Risiken des Lebens sicher umgehen zu können.“

Bewertung: Sicherheit wird über die polizeiliche Zuständigkeit hinaus als gesellschaftspolitische Aufgabe mit präventivem Ansatz verstanden.

FDP („Schutz der Privatsphäre“)

Die Liberalen legen ihr Hauptaugenmerk auf den Schutz der Privatsphäre: „Sicherheit muss nicht zulasten der Grundrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gehen.“ Die Freien Demokraten fordern eine Überwachungsgesamtrechnung bei jedem Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht: „Die Auswirkungen von neuen Überwachungs- und Informationserhebungsmaßnahmen müssen im Zusammenhang mit bereits bestehenden Befugnissen bewertet werden.“

Bewertung: Im Zuge der Distanzierung von Überwachung sind keine präventiven Konzepte vorgesehen.

AfD („Innere Sicherheit“)

Die AfD beklagt vor allem das Ausmaß der „Ausländerkriminalität“ und setzt auf ein verschärftes Ausweisungs- und Zurückweisungsregime. Für das Jugendstrafrecht wird die Möglichkeit „sofortiger Inhaftierung“ eingefordert. Zur Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten sollen die Polizeibehörden an kriminalitätsneuralgischen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können.

Bewertung: Es wird auf konsequente Repression und Strafverschärfung gesetzt.

Liebe Leserinnen und Leser,

„Innere Sicherheit“ bedeutet in den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien keineswegs dasselbe. In Teilen sind die meisten Programme kompatibel und an anderer Stelle völlig unvereinbar. Spannend wird daher, wie sich die Inhalte in einem Koalitionsregierungsprogramm kombinieren lassen.

Das aktuelle Heft konzentriert sich auf die fachliche Perspektive zur Stärkung der kommunalen Prävention sowie auf die Ansätze der Prävention von Vorurteilen, Hate Speech und Extremismus.

Prävention braucht (Ihren) langen Atem – gutes Gelingen!

*Herzliche Grüße
Ihr Wolfgang Kahl*